

Artikel im Magazin PROGRESS, erschienen im Jänner 2007, Autor: [leonhard.dobusch@reflex.at](mailto:leonhard.dobusch@reflex.at)

## **Kollateralschäden des immerwährenden Krieges**

### **Über die Einschränkung der Menschen- und Freiheitsrechte als Reaktion auf terroristische Bedrohungen**

In George Orwells dystopischem Roman „1984“ hat der Krieg den Frieden als „Normalzustand“ abgelöst, das Kriegsrecht des „Ausnahmestands“ ist die Regel. Dem Regime dient dieser immerwährende Kriegszustand und die Verfolgung einer nebulösen „Bruderschaft“ unter der Führung eines „Emmanuel Goldsteins“ der Rechtfertigung umfassender Videoerfassung und totaler Kontrolle, der Errichtung des längst sprichwörtlichen „Orwell’schen Überwachungsstaats“.

2007 wird der nach dem Autor benannte „Plaça George Orwell“ in Barcelona rund um die Uhr per Kamera überwacht. In Großbritannien, wo die Handlung des Romans angesiedelt ist, sorgen über 4 Millionen Kameras für eine flächendeckende Beobachtbarkeit des öffentlichen Lebens. Manche der mit dem Kürzel CCTV – Closed Circuit Television – bezeichneten, durch ein geschlossenes Kabelnetz miteinander verbundenen Überwachungskameras verfügen inzwischen sogar über Lautsprecher, um unmittelbar gegen „asoziales Verhalten“ vorgehen zu können. So braucht das Aufsichtspersonal im englischen Middlesbrough gar nicht erst die Polizei bemühen, um BettlerInnen von den Straßen zu weisen oder „UmweltverbrecherInnen“ zum Benutzen der Mistkübel zu bringen – sie können sie direkt aus der Überwachungszentrale per Mikrofon dazu auffordern.

#### **Geheimer Geheimnisverrat**

Effektiver als mittels Kameras funktioniert Überwachung im 21. Jahrhundert aber durch das Sammeln und Zusammenführen der Datenspuren, die Menschen tagtäglich bei verschiedensten Gelegenheiten hinterlassen: Beim Einkaufen mit Bankomat- oder Kreditkarte, beim surfen im Internet und alleine schon durch das Einschalten des Mobiltelefons. Was mit den gesammelten Daten passiert, entzieht sich regelmäßig der Kontrolle des/der Einzelnen und auch das in Österreich vielgerühmte „Bankgeheimnis“ entpuppte sich jüngst als äußerst löchrig. Geheim waren nämlich nicht die Bankdaten der KundInnen, sondern vielmehr die Weitergabe ebendieser Bankdaten. So erhielt Günther Gall von der Raiffeisen-Zentralbank den Negativ-Preis „Big Brother Award“, weil er als Aufsichtsrat der SWIFT (Abkürzung für Society for Worldwide Interbank Financial Telecommunication, einer Genossenschaft von Geldinstituten für internationale Finanztransaktionen) den widerrechtlichen Transfer europäischer und österreichischer Bankdaten an US-Behörden und Geheimdienste verheimlicht hatte.

Gerechtfertigt werden diese und ähnliche Maßnahmen wie schon in Orwells Roman durch einen „immerwährenden Krieg“: den „Krieg gegen den Terror.“ Immerwährend ist dieser Krieg schon alleine deshalb, weil er nie erklärt wurde, es keine regulären Armeen und keine AnsprechpartnerInnen für einen Friedensschluss gibt. Und weil Osama bin Laden und sein „Terror-Netzwerk“ Al-Qaida nicht weniger phantomhaft sind als Goldsteins „Bruderschaft“ in „1984“. Sehr wohl aber gibt es in diesem „Krieg“ einen Frontverlauf: Auf der einen Seite stehen die BefürworterInnen einer polizeilich und militärischen Terrorbekämpfung, die dafür immer weitergehende Einschränkungen der Grund- und Freiheitsrechte aller Menschen als notwendig erachten. Auf der anderen Seite gibt es eine wachsende Anzahl an Interessensverbänden und MenschenrechtsaktivistInnen, die genau darin die eigentliche „Terrorgefahr“ erblicken.

### **Von Terroranschlag zu Terroranschlag**

Wie unmittelbar einzelne Terroranschläge zu immer umfassenderen Polizei- und Geheimdienstbefugnissen führen können, zeigt das Beispiel der EU-Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung. Sie zwingt Telekommunikationsunternehmen dazu, eine Unmenge an Daten über sämtliche ihrer KundInnen für mindestens 6 Monate vorrätig halten. Handybetreiber müssen demnach von allen Gesprächen unter anderem die Dauer, die beteiligten Rufnummern, Name und Anschrift der TeilnehmerInnen sowie deren geographischen Standort an Hand der benutzten Einwahlknoten speichern. Für Internetprovider gilt ähnliches. Ein erster Versuch eine derartige Regelung auf EU-Ebene zu installieren wurde 2002 unter der rechtskonservativen dänischen Ratspräsidentschaft unternommen, fand aber keine Mehrheit. Knapp zwei Jahre und die Madrider Anschläge vom 11. März 2004 später war das Thema aber plötzlich wieder „aktuell“ und ein noch weitreichenderer Vorschlag auf dem Verhandlungstisch. Den endgültigen Durchbruch erzielten die BefürworterInnen der Richtlinie danach neuerlich mit terroristischer „Unterstützung“: Die Terroranschläge am 7. Juli 2005 in London führten zu einem Einlenken der EU-Kommission und schließlich auch des Europäischen Parlaments.

### **Über Stuttgart nach Guantanamo**

Die Aushöhlung der Rechte auf Datenschutz und Privatsphäre sind aber keineswegs die einzigen rechtlichen „Kollateralschäden“ des Kriegs gegen den Terror. War es bis zu den Anschlägen des 11. Septembers vor allem eine Spezialität südamerikanischer Militärdiktaturen, Menschen in Folterkellern „verschwinden“ zu lassen, übernehmen seither US-Geheimdienste deren Methoden. Zur Umgehung des – inzwischen ebenfalls abgeschwächten – absoluten Folterverbots in den USA, werden Terrorverdächtige einfach per Flugzeug in Foltergefängnisse außerhalb der USA deportiert. Tatkräftige Unterstützung leisten dabei auch europäische Regierungen, wie der Fall der

Verschleppung der sogenannten „Algerien Six“ zeigt. Die sechs Männer algerischer Herkunft waren 2002 aus Mangel an Beweisen vom Verdacht der Planung terroristischer Anschläge freigesprochen, sofort darauf aber von US-Einheiten entführt und über Deutschland zuerst in die Türkei und schließlich in das Lager in Guantanamo ausgeflogen worden. Ganz ähnlich verlief der Fall des deutschen Staatsbürgers Khaled al-Masri, der trotz frühzeitiger Information der deutschen Behörden mehrere Monate in einem afghanischen Geheimgefängnis festgehalten und gefoltert worden war.

Das gesamte Ausmaß der Terrorhysterie zeigt sich aber abseits der aufsehenerregenden Folterfälle. So wurde Mohammed H. im Berliner Stadtteil Neukölln plötzlich sein Arbeitslosengeld gestrichen, weil er auf eine – streng geheime – „Liste für Terrorverdächtige“ geraten war. Weitere Auskünfte wurden ihm verweigert. Alleine in Neukölln gibt es mehr als 50 Menschen, denen aus diesem Grund öffentliche Leistungen gestrichen wurden.

### **Info-Box: TOR zur informationellen Selbstverteidigung im Internet**

Wer im Internet surft hinterlässt notwendigerweise überall seine Abdrücke in Form einer eindeutig zuordenbaren Nummer (der „IP-Adresse“). Da Internet-Server aber auch bei europäischen Angeboten in den USA stehen können, verlieren Internet-NutzerInnen schnell die Kontrolle darüber, was mit ihren Verbindungsdaten passiert. Wer zumindest etwas anonym durchs Netz reisen möchte, ohne allzu viel Komfort aufgeben zu müssen, dem können Anonymiser wie „TOR“ (<http://tor.eff.org/>) weiterhelfen. Durch eine Kombination von Verschlüsselungstechniken und Weiterleitungs-Servern wird die eigene IP-Adresse beim Surfen verschleiert und über ein Plug-In im Browser lässt sich der Schutz sehr bequem per Klick an und ausschalten. Von den mehrfachen Verschlüsselung-Schalen stammt auch die Bezeichnung TOR, die für „TOR's Onion Router“ steht und so das Bild der unter zahlreichen Zwiebelschalen verborgenen, wahren Identität zeichnet.